



## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für den für die beiden *Schmitz & Partner* Fonds so wichtigen **Aktienmarkt** in der Schweiz<sup>1</sup> gab es im **ersten Quartal** einen Anstieg des *SMI* um rund acht Prozent zu verzeichnen:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Deutlich schlechter abgeschnitten hat in den ersten drei Monaten des Jahres der amerikanische Aktienmarkt. Der *S&P 500* verlor knapp fünf Prozent und hat damit gegenüber dem Schweizer Aktienmarkt in diesem Jahr bereits einen Rückstand von rund 13 Prozent. Wir von *Schmitz & Partner* haben im letzten Jahr immer wieder vor der überzogenen Bewertung der „glorreichen Sieben“ gewarnt, die den amerikanischen Aktienmarkt nach oben gepusht haben. Jetzt sehen wir eine Umkehrung dieser Bewegung.

Und diese Korrektur ist noch nicht vorbei. Denn noch immer ist die Marktkapitalisierung der „glorreichen Sieben“ höher als alle europäischen Aktienmärkte zusammen. Das bedeutet, dass der Markt erwartet, dass diese sieben Unternehmen in den kommenden Jahrzehnten mehr Gewinn erzielen werden als ganz Europa.<sup>2</sup> Ob das wahrscheinlich ist, sei dahin gestellt.

Ähnliche rasante Kursanstiege von „Mode“werten – und auch die sich daran anschließenden Kursrückgänge –, gab es in der langen Börsengeschichte immer wieder. Wenn man beispielsweise Anfang des Jahres 2000 die zehn wertvollsten Techno-

<sup>1</sup> Bei der Länderstruktur liegt der Anteil der Schweizer Aktien beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds bei rund 19 Prozent, beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sogar bei 57 Prozent.

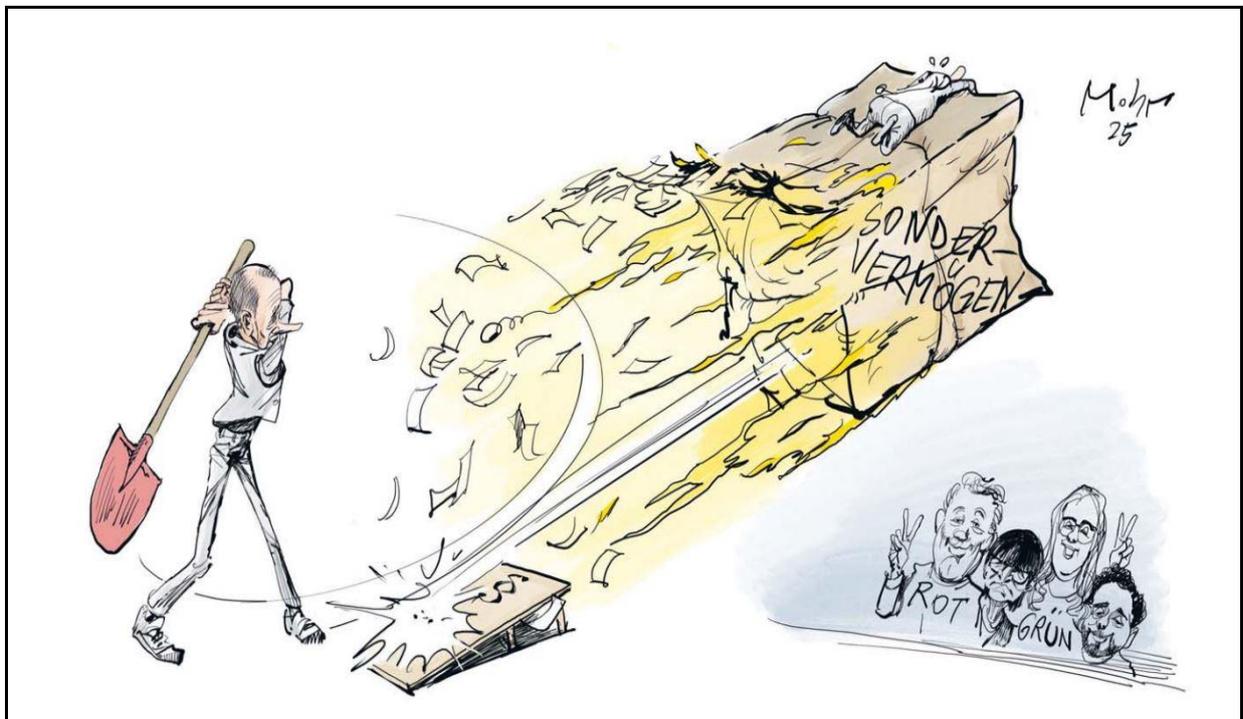
<sup>2</sup> Vgl. *Robert Arnott* im Interview mit der *Finanz und Wirtschaft* vom 22. März 2025, Seite 17. Arnott ist Gründer und Vorstandsvorsitzender der Investmentgesellschaft *Research Affiliates* mit Sitz im kalifornischen Newport Beach.

logieaktien der Welt gekauft hat, dann hat 15 Jahre später keiner dieser zehn Titel besser abgeschnitten als der *S&P 500*.<sup>3</sup>

An den **Rentenmärkten** bewegten sich die Zinssätze in den letzten drei Monaten in einer überschaubaren Spannbreite. In der Schweiz stieg die Rendite der zehnjährigen Eidgenossen gegenüber dem Jahresanfangsstand von 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent. Ähnlich ist die Situation am deutschen Rentenmarkt. Hier kletterten die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen im ersten Quartal von 2,4 Prozent auf 2,7 Prozent.

Am **Devisenmarkt** kam es beim Wechselkurs des Euro zum Schweizer Franken nur zu kleinen Veränderungen. Der Euro stieg von 0,94 auf 0,95 Schweizer Franken.

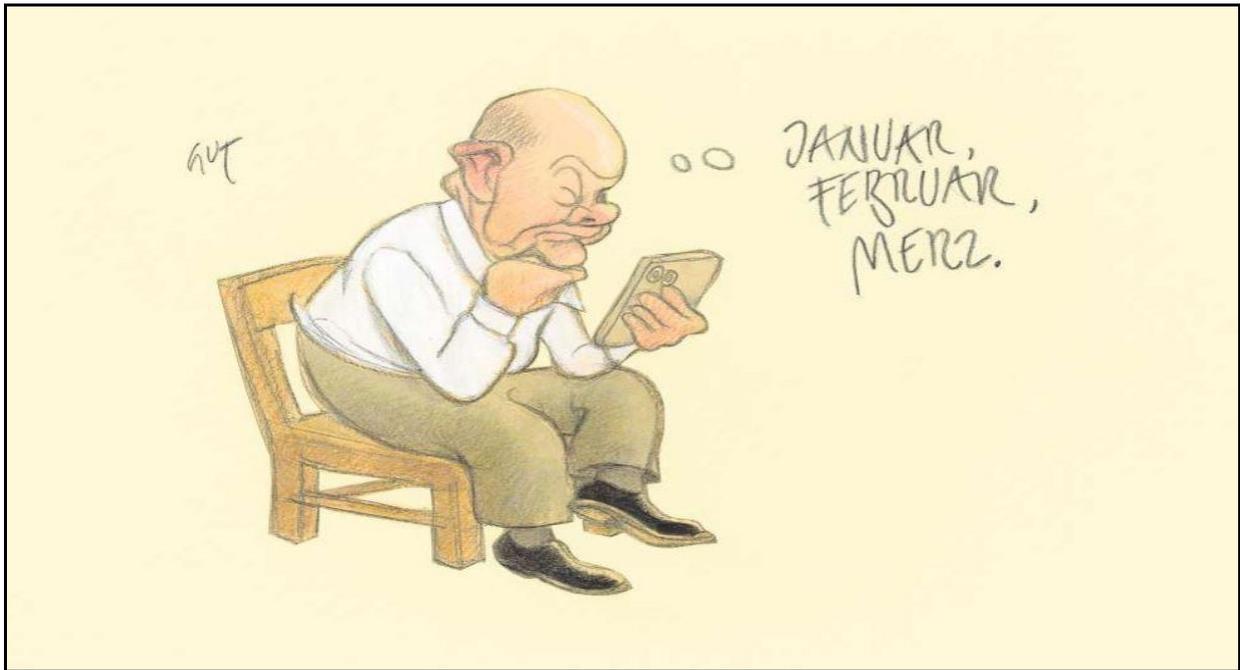
Die am meisten diskutierte Entscheidung der letzten Wochen des ersten Quartals war sicherlich das von der künftigen deutschen Bundesregierung unter dem designierten Bundeskanzler *Friedrich Merz* vorgeschlagene und von Bundestag und -rat beschlossene „**Sondervermögen**“ in Höhe von 400 Milliarden Euro für die Bundeswehr und 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur:



Quelle: *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 12

Dazu war eine Grundgesetzänderung notwendig, die mit einer Zweidrittelmehrheit des (alten) Bundestages und den Stimmen von *CDU/CSU*, der *SPD* und den *Grünen* beschlossen werden musste, da im neuen Bundestag die erstarkte *AfD* und die *Linke* über eine sogenannte Sperrminorität verfügen. Und somit kam es zu einer Sitzung des Bundestages, in dem der längst abgewählte Noch-Bundeskanzler *Olaf Scholz* noch auf der Regierungsbank Platz nehmen konnte:

<sup>3</sup> Siehe die vorherige Fußnote.



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Januar 2025, Seite 19

Darüber hinaus wurde neben den **Sonderschulden** – was die richtige Bezeichnung für die sogenannten Sondervermögen wäre – auch noch die **Schuldenbremse** reformiert bzw. ausgehebelt, die in der Vergangenheit eine übermäßige Ausdehnung der Staatsschulden durch ausgabewütige Politiker verhindert hat. So sind zum Beispiel alle Verteidigungsausgaben, die über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, künftig von der Schuldenbremse ausgenommen.<sup>4</sup>

Professor *Lars Feld* schreibt: „Die Schuldenbremse wird damit so stark unterlaufen, dass sie in ihrer ursprünglichen Form Geschichte ist. Es ist ein Begräbnis zweiter Klasse.“<sup>5</sup> Und *Heike Göbel* meint zur Aufgabe der Schuldenbremse: „Union und SPD schrauben alle Sicherungen raus, die ihre Vorgänger als Überlastungsschutz für die nachfolgenden Generationen eingebaut haben.“<sup>6</sup> Und das Schweizer Wirtschaftsmagazin *Bilanz* schreibt: „Die Schuldenbremse wurde vom abgewählten Parlament spektakulär gesprengt.“<sup>7</sup>

Mit dem „**Doppelwumms für Rüstung und Infrastruktur**“<sup>8</sup> ist in Deutschland die Abkehr von einer fast ein halbes Jahrhundert erfolgreicher Bundesbankpolitik nun endgültig vollzogen worden. Zu Zeiten der *Deutschen Bundesbank* und der *Deutschen Mark* wurde Wirtschaftswachstum noch durch Stabilität in den Staatsfinanzen und in

<sup>4</sup> Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 7. März 2025, Seite 24.

<sup>5</sup> Lars Feld in seinem Artikel „Die Beerdigung der Schuldenbremse“ im *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 9. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Leiter des dort ansässigen Walter Eucken Instituts. Von 2011 bis 2021 war er Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auch an anderer Stelle äußert sich Feld ablehnend gegenüber der Aushebelung der Schuldenbremse und das „Sondervermögen“ von 400 Milliarden Euro für den Ausbau der Verteidigung in Deutschland: „Die Landesverteidigung ist eine der Kernaufgaben jedes Staates und muss deshalb aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden.“ Das Zitat stammt aus einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7. März 2025 auf Seite 22.

<sup>6</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 15. Göbel ist seit 2002 verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

<sup>7</sup> *Bilanz* vom April 2025, Seite 41.

<sup>8</sup> *Handelsblatt* vom 12. März 2025, Seite 9.

der Währung erzeugt und nicht wie jetzt durch gigantische Schuldenberge und Inflation.

Professor *Veronika Grimm*, Mitglied des Sachverständigenrats, äußert sich zu der „**Neuverschuldungsexplosion**“<sup>9</sup> folgendermaßen: „Deutschland nähert sich in erschreckender Weise dem befürchteten Szenario: eine Fortführung der letzten Merkel-Regierungen, nur ohne Friedensdividende, sondern auf Basis gigantischer Schulden.“<sup>10</sup>

Warum haben sich die (un)verantwortlichen Politiker nicht zuerst Einsparungen im Bundeshaushalt vorgenommen, um damit zumindest teilweise eine Gegenfinanzierung zu den geplanten riesigen Zusatzausgaben zu ermöglichen? Allein der vorgezogene Renteneintritt mit 63 Jahren belastet Deutschland mit 40 Milliarden Euro jährlich, die Mütterrente mit fünf Milliarden Euro pro anno und nur der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt liegt bei über 100 Milliarden Euro (!) pro Jahr – Tendenz ständig steigend.<sup>11</sup>

Professor *Udo Di Fabio* schreibt dazu: „Der Sozialstaat, in einer scheinbar endlos sich fortsetzenden Prosperitatsphase immer weiter in seinen Leistungsversprechen gewachsen, hat heute eine unsoziale Schlagseite. Wer Erfolg will, darf die Erfolgreichen nicht vertreiben und die Fleiigen nicht entmutigen. Wer im Blick auf die arbeitende Mitte der Gesellschaft oder auf profitable Unternehmen nur von ‚starken Schultern‘ spricht, die mehr tragen können, vergisst leicht die muskulösen Beine, die rasch über die Landesgrenzen tragen.“<sup>12</sup>

Die von der Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorgenommene einseitige Verteilung der Steuereinnahmen mit Schwerpunkt auf den übermäßigen Ausbau des Sozialstaats und dafür viel zu geringe Mittel für die immer maroder werdende Infrastruktur führt zu dem jetzt beschlossenen riesigen Schuldenpaket.

An anderer Stelle ergänzt *Udo Di Fabio*: „Wir müssen unsere Mittel anders verteilen. Die Umwelt- und Klimapolitik hat sich zu Recht der Nachhaltigkeit verschrieben. Dieses Prinzip gilt aber auch für andere zentrale Politikbereiche: für die äußere und innere Sicherheit, die Infrastruktur, die Staatsfinanzen.“<sup>13</sup>

Aber genau das passiert nicht. Während die Politiker den Unternehmen und den Bürgern auf der Mikroebene ständig Vorschriften zur Nachhaltigkeit machen (keine Verbrennerautos mehr ab dem Jahr 2035, Heizungsgesetz, etc.) sind sie auf der Makroebene nicht in der Lage oder nicht willens, in ihrem ureigenen Gestaltungsbereich (zum Beispiel Sozialversicherungssysteme, Staatsfinanzen, Euro) auf Nachhaltigkeit und Stabilität zu achten.

---

<sup>9</sup> *FINANZWOCHE* vom 13. März 2025, Seite 1.

<sup>10</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 15.

<sup>11</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. März 2025 Seite 15.

<sup>12</sup> Udo Di Fabio in seinem lesenswerten Aufsatz „Gescheiterter Liberalismus“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25. März 2025, Seite 16. Di Fabio lehrt seit dem Jahr 2003 öffentliches Recht an der Universität Bonn und war von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht.

<sup>13</sup> Di Fabio in einem Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 21. Februar 2025, Seite 22 - 23, hier Seite 22.

Stattdessen wurde von der Politik zum wiederholten Mal der deutlich leichtere Weg beschritten, die Verschuldung aufgebläht und mit einem dicken Finanzpaket auf Pump die dringend notwendigen Reformen des Sozialstaates in die Zukunft verschoben:



Quelle: *Handelsblatt* vom 24. März 2025, Seite 14

Professor *Udo Di Fabio* meint dazu: „Eine auf Dauer übermäßige Staatsverschuldung gefährdet jedoch wie schleichende Korrosion die Grundpfeiler des politischen Systems. Daher macht die Schuldenbremse Sinn.“<sup>14</sup> Und genau die haben die Politiker mit ihren jüngsten Beschlüssen jetzt de facto abgeschafft.

Und damit steigt die Staatsquote immer weiter. Der Staat und seine Politiker nehmen sich einen immer höheren Anteil an der von Unternehmen und Bürgern erarbeiteten Wirtschaftsleistung und greifen damit massiv in die (Um)Verteilung des Bruttoinlandsprodukts ein. Diese Tendenz ist nicht neu und hat tiefergehende Ursachen: **Der Staat hat wenig Vertrauen in seine Bürger.** Professor *Paul Kirchhof* schreibt: „Der Staat entscheidet in prinzipiellem Misstrauen. Er sieht in den Menschen vor allem Steuerhinterzieher, Geldwäscher und inhumane Nutzer von Lieferketten. Reichtum und Armut wird vom politischen Auftrag zum moralischen Vorwurf.“<sup>15</sup>

Wenn es in nächster Zeit dann doch noch zu Reformen im aufgeblähten Sozialstaat kommen wird, dann nicht, weil sie als Gegenfinanzierung für notwendige Ausgaben für die jahrelang sträflich vernachlässigte Infrastruktur benötigt würden – denn dafür haben die Politiker ja nun die gigantische Neuverschuldung. Jetzt werden höchstens noch „Reförmchen“ beschlossen, weil die entscheidungsschwachen Politiker ihre

<sup>14</sup> Di Fabio in einem Interview mit der *WirtschaftsWoche* vom 21. Februar 2025, Seite 22 - 23, her Seite 23.

<sup>15</sup> Paul Kirchhof in seinem Aufsatz „Zeit für eine grundlegende Wende“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. März 2025, Seite 6. Kirchhof ist Professor für öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Heidelberg und war von 1987 bis 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Wähler nicht mit Einschränkungen im deutschen „Wohlfühlstaat“ enttäuschen oder gar vergraulen wollen.



Quelle: *Handelsblatt* vom 11. März 2025, Seite 14

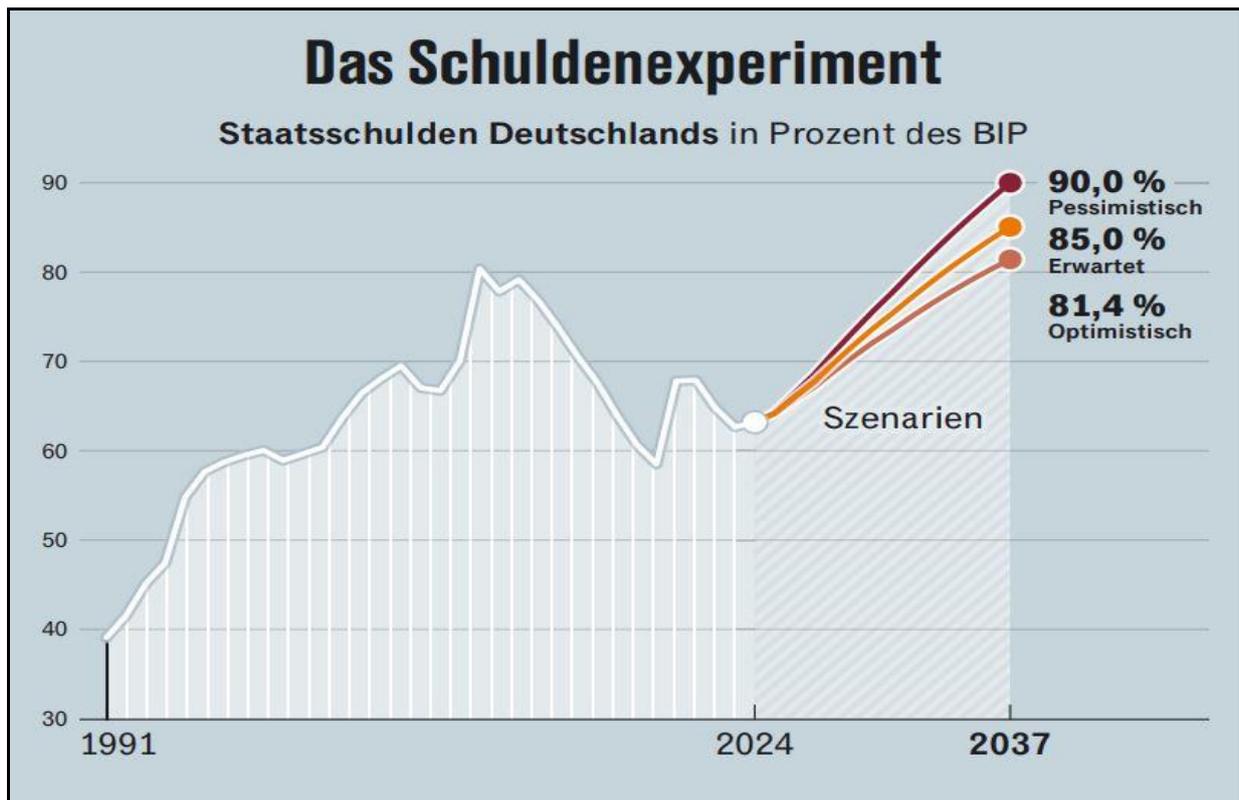
Mit dieser „riskanten Schuldenwette“<sup>16</sup> der deutschen Politik zeigt sich eine „erschreckende ökonomische Unvernunft“<sup>17</sup>, denn innerhalb der nächsten zehn Jahre darf Deutschland jetzt Kredite im Wert von mehr als 1,5 Billionen Euro (!) aufnehmen.<sup>18</sup> Damit dürfte die deutsche Staatsverschuldung von der derzeit rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im ungünstigsten Fall Richtung 90 Prozent steigen:<sup>19</sup>

<sup>16</sup> *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 6. An anderer Stelle weist die Zeitung noch auf einen weiteren Aspekt der „großen Schuldenwette“ hin, nämlich auf die Gefahr, dass Deutschland seine Kreditwürdigkeit beschädigt. Denn dann würden unter dem Verlust der Rolle Deutschlands als Stabilitätsanker des Kontinents am Ende alle EU-Mitgliedsstaaten leiden. Vgl. *Handelsblatt* vom 18. März 2025, Seite 12.

<sup>17</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17.

<sup>18</sup> Vgl. *Handelsblatt* vom 6. März 2025, Seite 1.

<sup>19</sup> Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 21. März 2025, Seite 30 sowie *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. März 2025, Seite 22.



Quelle: *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 7

Das Gesamtvolumen des Finanzpakets könnte laut Schätzung von Ökonomen bis zu 2,2 Billionen Euro (!) in den kommenden zwölf Jahren betragen.<sup>20</sup> Das ist deutlich mehr als der derzeitige Schuldenstand des Bundes.

Was sind die unvermeidbaren **Folgen dieser riesigen Ausweitung der deutschen Verschuldung**? Die erste Reaktion an den Kapitalmärkten war bereits zu beobachten, nämlich der sofortige und **kräftige Anstieg der langfristigen Zinsen**. Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen verzeichneten den stärksten Anstieg seit der deutschen Wiedervereinigung. Der zweite, zeitlich verzögerte Effekt wird das **Anziehen der Inflation** sein. Es ist auf Dauer nicht möglich, die Geldmenge massiv zu erhöhen (also aufzublähen, das heißt zu inflationieren), ohne eine spürbare Inflation zu bewirken. Denn schon der Nobelpreisträger Professor *Milton Friedman* wusste: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Problem.“ Und die nächste, ebenfalls zwangsläufig Folge der gigantischen Schuldenzunahme wird der zunehmende **Kaufkraftverlust des Euro** sein. *Jens Ehrhardt* sagt dazu: „Der Euro wird an Wert verlieren.“ und „Der Euro wird eine richtige Schwachwährung werden.“<sup>21</sup> Und die *Neue Zürcher Zeitung* mutmaßt: „Der Euro könnte unter die Parität zum Dollar rutschen und endgültig zur Weichwährung werden.“<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Siehe hierzu *Handelsblatt* vom 21. - 23. März 2025, Seite 6.

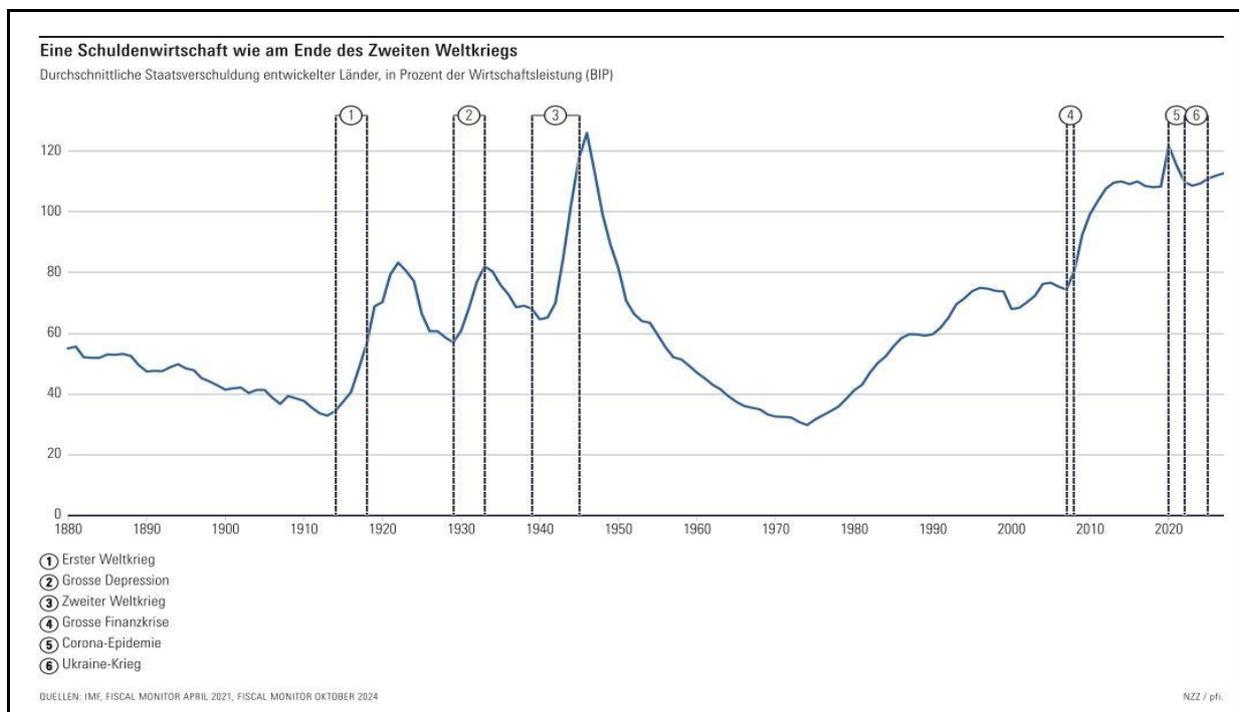
<sup>21</sup> Jens Ehrhardt in seinem Interview „Der Euro wird eine Schwachwährung werden“ im *Handelsblatt* vom 5. Februar 2025 auf den Seiten 36 - 37, hier Seite 36. Ehrhardt ist Fondsmanager, Vermögensverwalter und Herausgeber des seit 1974 erscheinenden Börsenbriefs *Finanzwoche*.

<sup>22</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. Februar 2025, Seite 21. An anderer Stelle schreibt die Zeitung: „Europa braucht jetzt einen Euro, dem die Leute vertrauen. Und nicht noch mehr Schulden.“ Das Zitat stammt aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. März 2025, Seite 17.

„Erstaunlich ist, wie wenige sich daran stören, wenn ökonomische Sachverhalte nonchalant beiseitegeschoben werden. Dabei kann man wirtschaftliche Zusammenhänge eine Weile ignorieren, aber nicht außer Kraft setzen.“<sup>23</sup>

Die jetzt beschlossene „**Schuldenorgie**“<sup>24</sup> beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. „So gut wie alle Länder der Welt leben fröhlich über ihre finanziellen Verhältnisse.“<sup>25</sup> Im Jahr 2024 hat die Verschuldung aller Staaten der Welt nach Angaben des *Internationalen Währungsfonds* die Schwelle von 100 Billionen US-Dollar erreicht. Allein die amerikanische Staatsverschuldung hat sich seit der Finanzkrise im Jahr 2008 von 9,3 auf knapp 36 Billionen US-Dollar nahezu vervierfacht – und die Schuldenlast steigt alle einhundert Tage um weitere 1.000 Milliarden US-Dollar.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Staatsverschuldung aller entwickelten Länder der Welt in den letzten knapp anderthalb Jahrhunderten:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17

Aktuell liegt die durchschnittliche Verschuldung der entwickelten Länder mit 111 Prozent der Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) bereits fast wieder dort, wo sie zuletzt zum Ende des Zweiten Weltkrieges war (118 Prozent). Und das, obwohl die aktuelle ökonomische Situation in keiner Weise mit der damaligen am Boden liegenden, fürchterlichen Wirtschaftslage zu vergleichen ist.

Wie kann sich der Anleger vor einer immer weiter steigenden Staatsverschuldung schützen, ja vielleicht sogar von ihr profitieren? Ein seit Jahrtausenden funktionierender Schutz vor ausgabewütigen Politikern ist **Gold**. Die Menge des Edelmetalls

<sup>23</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. März 2025, Seite 17.

<sup>24</sup> *WirtschaftsWoche* vom 21. März 2025, Seite 3.

<sup>25</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Februar 2025, Seite 18. In dem Artikel „Der gefährliche Anstieg der Staatsschulden“ wird dargestellt, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten die hohe Neuverschuldung in einer Phase der weltweiten wirtschaftlichen Erholung anfällt.

kann jedes Jahr nur um rund zwei Prozent ausgeweitet werden (mehr gibt die Goldminenproduktion der Welt nicht her). Die Geldmenge an ungedecktem Papiergeld, wie zum Beispiel Euro oder US-Dollar, kann und wird jedoch jedes Jahr um mehr als zwei Prozent erhöht. Und bei der riesigen Neuverschuldung werden die Gelddruckmaschinen noch schneller arbeiten müssen und die Menge an Papiergeld wird noch stärker zunehmen. Das ist der Grund, warum Gold langfristig gegenüber leicht vermehrbaren Papierwährungen immer an Wert gewinnt. Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* schreibt: „Das Edelmetall hat viele Währungskrisen überstanden und ist in den vergangenen 2000 Jahren nie wertlos geworden.“<sup>26</sup> Im Gegensatz zu vielen Währungen in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten, fast alle wegen übermäßiger Staatsverschuldung!

In einer Ende Februar veröffentlichten Studie des *Department of Finance* an der Universität Zürich unter Leitung von Professor *Thorsten Hens* wurden die Renditen von verschiedenen Vermögensklassen (Bargeld, Aktien und Gold) über rund ein halbes Jahrhundert untersucht.<sup>27</sup> In der Analyse sind im Jahr 1972 einmalig 100 US-Dollar in Bargeld, in Anleihen, in Gold und in Aktien angelegt worden. Die mit Abstand schlechteste Anlageform war wenig überraschend Bargeld. Von den ursprünglich 100 Dollar blieben inflationsbereinigt und nach Steuern lediglich 13 Dollar übrig. Deutlich besser abgeschnitten haben die beiden Anlageformen Gold und Aktien:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 14. März 2025, Seite 21

Über 40 Jahre lang war eine Investition in Gold (rote Linie in der obigen Grafik) sogar besser als eine Aktienanlage (grüne Linie). Erst in den letzten rund zehn Jahren hat

<sup>26</sup> *DER SPIEGEL* vom 8. Februar 2025, Seite 66.

<sup>27</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 1. März 2025, Seite 21. Hens ist Professor für Wirtschaft am *Swiss Finance Institute* und am *Institut für Banking und Finance* an der Universität Zürich.

eine Investition in den Weltaktienindex (Total Return des MSCI World) mehr Rendite gebracht als das Edelmetall Gold.

Professor *Erwin Heri* hat kürzlich darauf hingewiesen, „dass eine Unze Gold vor 2000 Jahren eine fünfköpfige Familie für einen Monat ernähren konnte. Dies sei heute immer noch der Fall, während der Wert aller ungedeckten Papiergeld-Währungen langfristig real gesehen auf null abgeschrieben worden sei.“<sup>28</sup>

In jährlichen Renditen dargestellt ergibt sich folgendes Bild:

<b>Aktien schlagen Gold knapp</b>			
Wertentwicklung verschiedener Geldanlagen im Zeitraum 1972 bis 2024, pro Jahr, in Dollar und in %			
Anlage	Nominal (vor Inflation)	Real (nach Inflation)	Nach Steuern
Bargeld	0%	-3,82%	-3,82%
Gold	+8,07%	+3,98%	+3,98%
MSCI World (ohne Dividenden)	+6,85%	+2,87%	+2,87%
MSCI World (mit Dividenden)	+9,94%	+5,78%	+4,75%

QUELLE: UNIVERSITÄT ZÜRICH NZZ / feb.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Februar 2025, Seite 25

Anleger sollten aus diesen Ergebnissen die Erkenntnis gewinnen: **Sowohl an Gold als auch an Aktien führt kein Weg vorbei!**

Und daran ändert auch die aktuell schwierige politische Situation in der Welt nicht:

<sup>28</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Februar 2025, Seite 25. Heri ist Professor für Finanzmarkttheorie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel.



Quelle: *Handelsblatt* vom 5. Februar 2025, Seite 18

Wer auf Gold und Aktien setzt, wird langfristig zu den Gewinnern an der Börse zählen. Dies hat in den letzten zwölf Monaten auf sehr eindrucksvolle Weise der **Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds** gezeigt. Mit der guten Mischung aus Gold und Silber (27 Prozent Anteil am Fondsvermögen) sowie risikoarmen Aktien (43 Prozent) konnte er für seine Anteilsinhaber einen Gewinn von 16 Prozent aufweisen – und das bei einem sehr geringen Schwankungsrisiko von unter acht Prozent.

Im ersten Quartal des Jahres 2025 steht der *Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds* mit einer Wertsteigerung von 8,8 Prozent auf **Platz 1** unter 388 vergleichbaren Investmentfonds! Auf Sicht von drei Jahren liegt der Fonds unter den besten fünf Prozent aller Fonds und über fünf Jahre unter den besten drei Prozent (jeweils in der Kategorie „Mischfonds defensiv Welt“).<sup>29</sup>

Als ergänzende Lektüre haben wir einen aktuellen **Gastbeitrag** aus dem Aprilheft des *Smart Investor* mit dem Titel „Deutschlands Schuldenwahnsinn“ beigelegt, der die im Bericht angesprochene Schuldenthematik noch einmal zusammenfasst.

<sup>29</sup> Vgl. das Fondsranking von „*Das Investment*“, Deutschlands größte Fondsstatistik mit Daten von über 9.000 Investmentfonds. Die Zahlenangaben haben den Stand vom 31. März 2025.